GPA – Stellungnahme Personalrat

Der Personalrat will eine solche Untersuchung nicht prinzipiell ablehnen, weist jedoch ausdrücklich darauf hin, dass er dies nur mittragen wird wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- Es wird kein Personalabbau erfolgen
- Es wird keine weitere Arbeitsbelastung, Aufgabenverdichtung oder Mehrbelastung auf die Kollegen zukommen.
- Die Zielsetzung der Untersuchung ist eine Entlastung der Kolleginnen und Kollegen
- Der Personalrat wird in den gesamten Prozess eingebunden und kann ihn jederzeit stoppen.

Jenseits der o.g. Bedingungen weist der Personalrat darauf hin, dass er im Falle einer mangelhaften Information bzw. Transparenz seitens der Dienststelle den Prozess umgehend stoppen wird.

Der OB hat dies dem PR in einem Gespräch am 9.10.17 zugesichert.

Der Personalrat gibt außerdem zu bedenken, dass neben der Ausgabenseite auch die Einnahmenseite auf dem Prüfstand stehen muss.

Hier stellt sich z.B. die Frage, ob die bereits in den letzten Jahren erfolgten Wiederbesetzungssperren, die zunehmende Arbeitsverdichtung sowie die steigende Zahl unbesetzter Stellen bereits jetzt dazu führen, dass es zu Einnahmeverlusten kommt.

Außerdem weist der Personalrat darauf hin, dass Leverkusen keine Insel ist und das alle Kommunen im Umkreis händierend nach qualifiziertem Personal suchen. Dementsprechend wäre ein maßgeblicher Bestandteil einer wie auch immer gearteten Untersuchung auch die Frage nach der Arbeitgeberattraktivität. Wie schneidet Leverkusen z.B. bei den Löhnen im Vergleich zu den anderen Kommunen ab? Welche Spielräume – im Sinne der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen bietet der TVÖD bei der Stellenbewertung bzw. Eingruppierung.